



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/114

Hannover, 17. September 1948

## Die Deutschen im heutigen Polen

sp. Offizielle Nachrichten aus Polen sind sparsam. Ausserdem sind sie, auch wenn sie völlig unkommentiert erscheinen, tendenziös.

Eine polnische Presseagentur meldete kürzlich, dass sich im Gebiet von "Westpolen" noch 289.543 Deutsche befinden. Gemeint sind jene Menschen, die als deutsche Staatsangehörige "registriert" und zu meist bei polnischen Wiederaufbauarbeiten als Fachkräfte eingeschaltet sind, bei Bauern oder für russische Kommandanturen arbeiten. Sie leben verstreut über das gesamte Gebiet jenseits Oder/Weisse. Ihr Schicksal, so tragisch es im Einzelfall oft ist, soll uns hier jedoch nicht beschäftigen.

Nicht von der Registrierung erfasst sind jene Deutschen, die ab 1945 den polnischen Bürgerbrief erworben haben und damit offiziell polnische Staatsangehörige wurden. Ihre zahlenmässige Gesamtstärke lässt sich sehr schwer schätzen und kann nicht einmal von den polnischen Behörden richtig erfasst werden, da sich die von dieser Entdeutschungsaktion Betroffenen nach aussen (a als Polen deklariert haben.

Diese Deutschen leben fast ausschliesslich in den Gebieten, die durch den Versailler Vertrag bis zum Jahre 1922 - mit oder ohne Abstimmung - aus dem deutschen Reichsgebiet gelöst wurden. Sie waren damals in ihrer Heimat geblieben, polnische Staatsangehörige geworden, hatten polnische Sprachkenntnisse erworben und erfüllen also heute die beiden Hauptvoraussetzungen für den polnischen Bürgerbrief: nämlich polnische Sprachkenntnisse zu haben und in jenen Gebieten geboren zu sein. Das trifft zu bei Eingesessenen in Danzig, in Oberschlesien, im Gebiet des ehemaligen polnischen Korridors, in der Provinz Posen.

Warum blieben sie in "Polen"? Viele wollten ihre Heimat nicht verlassen und nahmen lieber die nationale Entfremdung auf sich, als ein Leben in Not und völliger Besitzlosigkeit in Restdeutschland. Andere Deutsche konnten nach Ablegung der Optionserklärung ihren alten Arbeitsplatz behalten und zogen diese Lösung ungewisser Erwerbsmöglichkeiten in einer "neuen Heimat" vor. Diese und jene konnten durch Option auch irgendwelchen Haus-, Grund oder sonstigen Besitz "retten" und taten dies. Alte Leute optierten in grosser Zahl für Polen. Sie wollten nicht mehr verpflichtet werden, wünschten ihr Grab in heimatlicher Erde.

17. Sept. 1948

Sie haben nun kein berufliches Ziel. Die Jungen und Arbeitsfähigen unter ihnen mussten sich vielfach umstellen und von Intelligenzberufen zur Handarbeit überwechseln. Sie verdienen genug, um nicht zu verhungern. Anschaffungen sind nur schwer möglich, da Textilien, Lederwaren und sonstige Dinge des täglichen Bedarfs sehr teuer sind. Qualifizierte Facharbeiter in der Metallindustrie verdienen bis 8.000 Zloty monatlich (dabei kostet ein Paar gute Männerschuhe 6. bis 7.000 Zloty und ein Kilo Schweinefleisch 360 bis 380). Auch die Bergarbeiter verdienen verhältnismässig gut. - Diejenigen aber, die keine Arbeit haben, fristen ein kümmerliches Dasein, ebenso alte Leute, die vom Zaklad Ubezpieczen, der polnischen Sozialversicherung die für Optanten besonders niedrige Renten beziehen. Die Renten (sie sollen z.Zt. zwischen 1.000 bis 2.000 Zloty liegen) sichern nicht das Existenzminimum, denn schon Kohlen, Mieten usw. sind teuer. Daher haben gerade die Alten in den Jahren 1945/46 auf dem Schwarzen Markt (der in Polen "Freier Handel" heisst) viel von der ihnen verbliebenen Habe verkauft, um überhaupt leben zu können.

Optanten, die eine Gewerbeerlaubnis erhielten, klagen über zu hohe Steuern und leben in der ständigen Furcht vor der Sozialisierung ihres kleinen Eigentums. Geschäftsleute haben Bedenken, durch die überall errichteten Konsumgenossenschaften nach russischem Muster, an die Wand gedrückt zu werden.

Irgendeinen Anspruch auf eine, auch noch so geringe deutsche Kultur gibt es nicht. Alle deutschen Aufschriften sind seit Jahren verschwunden. Deutsche Zeitungen, Bücher usw. sind verboten. Die Friedhöfe wurden durch Warschauer Trümmerverwertungsinstitute ihrer deutschen Denkmälerentledigt. Ja sogar die Haushaltungen wurden nach deutschem Schrifttum durchsucht und Aufschriften auf Küchengefäßen, wie Salz, Pfeffer, Zucker, Mehl usw. mussten überklebt werden. Wer auf der Strasse deutsch redet, wird von der Miliz verhaftet. Selbst deutsche Namen sind verboten. Deutsche Optanten mit ausgesprochen deutschen Vor- und Zunamen erhielten die Aufforderung, sich polnische Namen zuzulegen, da sie sonst ihrer Arbeitsstelle oder auch ihres Bürgerbriefes verlustig gehen würden.

Das ist die Situation der "Dagoblieber". Dass es kein leichtes Los ist, bedarf keiner Erörterung.

Silesius.

#### Flüchtlingsfeindlicher Föderalismus

sp. "Das Flüchtlingsproblem kann in den einzelnen Ländern nicht gelöst werden. Wir müssen darüber hinaus. Wir erwarten vom Parteivorstand, dass er die Führung auf diesem Gebiet übernimmt und die Koordinierung aller sozialdemokratischen Flüchtlingspolitik herbeiführt. Die Gesetzgebung der einzelnen Länder ist so verschieden, dass sie zum Beispiel die Zusammenführung von Familien verhindert hat. Durch die vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung wird ferner ein Ausbeutungsverhältnis gegenüber den Wanderarbeitern geschaffen, die niemals in der Lage sind, sesshaft zu werden und nie zu ihren Familien kommen, sondern immer dann, wenn sie ihre Arbeit verloren haben, die Landstrasse bevölkern mit all den Tausenden von Frauen und Kindern, die an den Toren der überfüllten Durchgangslager umkehren müssen." (Aus der Rede des Flüchtlingsministers Damm, Kiel, auf dem SPD-Parteitag in Düsseldorf.)

## Lehren der französischen Regierungskrisen

Von Alfred Frisch, Paris

Frankreich hat innerhalb von sechs Wochen dreimal die Regierung gewechselt, es wurde in den letzten vier Jahren von zwölf verschiedenen Kabinetten verwaltet. Dieser ungeheure Ministerverbrauch ist unerfreulich, er wird vielleicht manchen zu dem Schluß kommen lassen, daß die demokratische Staatsform für schwierige Zeiten ungeeignet ist. Man sollte sich jedoch vor falschen und voreiligen Folgerungen hüten. Streng demokratische Länder wie die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Schweden, Großbritannien erfreuen sich größter politischer Stabilität. Selbst bei Beurteilung der französischen Verhältnisse sollte man Übertreibungen vermeiden. Die Regierungen haben zwar oft gewechselt, es kamen aber meistens die gleichen Minister wieder, so daß die Kontinuität der Verwaltung gewährleistet war. Das gilt zum Beispiel für Innere Angelegenheit, Landwirtschaft, Industrie, Arbeit, Äußeres, Kolonien; wo seit 1944 der zuständige Minister nur zwei- bis dreimal gewechselt wurde.

Frankreich kennt schon seit Jahrzehnten keine innerlich geschlossene Regierung mehr, die sich auf eine einzige Mehrheitspartei stützen könnte. Politische Koalitionen müssen sich die Macht teilen, was umso schwieriger ist, als die jeweiligen Koalitionsparteien verschiedene politische Grundsätze vertreten, selbst wenn sie sich mitunter nahe stehen, wie es zum Beispiel bei den ausgesprochenen Linkskoalitionen 1924 oder 1936 der Fall war. Im Augenblick der Regierungsbildung wird zwar in oft mühseligen Verhandlungen ein gemeinsames Mindestprogramm ausgearbeitet, das aber meistens die später erwachsenden Fragen nicht voraussagen kann, besonders nicht in bewegten Zeiten. So entstehen dann nach einigen Monaten innerhalb der Koalition Spannungen und unlösbare Konflikte. Die Unvereinbarkeit der Doktrinen und politischen Bestrebungen mußte gerade jetzt ihren Höhepunkt erreichen. Frankreich ist aufgeteilt in Anhänger der gelenkten Wirtschaft und in unbedingte Verteidiger der Freiwirtschaft. Erschwerend wirkt die unvermeidliche Abscheu der Kommunisten. Wenn diese Gruppe zu einer demokratischen Mitarbeit bereit und geeignet wäre, würden die Anhänger der Wirtschaftskontrolle - Kommunisten, Sozialisten und ein großer Teil der Volksrepublikaner - über eine ausreichende Mehrheit im Parlament verfügen. Da daran nicht zu denken ist, wird der Staatskarren, nach dem Ausspruch Paul Reynauds, von zwei auseinanderstrebenden Pferden gezogen, was auf die Dauer nicht gut ausgehen kann.

Es wäre ungerecht und zu einfach, die Parteien als politische Einrichtung für diese Zustände verantwortlich zu machen. Diese Parteien sind umso mehr Ausdruck und Sprachrohr der Massen, als sie in jeder Demokratie regelmäßig erneut von den Wählern bestätigt werden müssen. Wäre die Abhängigkeit der französischen Abgeordneten von den Wählern

geringer, dann würden auch die Regierungen von längerer Lebensdauer sein. Wenn man die französischen Verhältnisse einigermaßen verstehen will, darf man nicht den unerträglichen Egoismus aller Interessengruppen innerhalb des Volkes übersehen. In einer Diktatur kann das Regime krank sein, nicht aber in einer Demokratie, in der alle Tendenzen frei zum Ausdruck kommen. Hier gibt es nur Krankheiten der Massen, des Volkes. Und es besteht kein Zweifel, daß Frankreich an einem Übermaß von Selbstsucht leidet, d.h. dem Bestreben jeder Gruppe, sich zu Lasten der anderen das Dasein zu erleichtern. Nur zwei Beispiele: Die Bäcker verlangen unter dem Beifall der Kommunisten und der Gauklisten die Aufhebung der Brotrationierung, obwohl es kein Geheimnis ist, daß trotz der guten Ernte Frankreich in diesem Falle kostbare Dollars für die Einfuhr von Getreide aufwenden muß. - Infolge steigender Lebensmittelpreise gewährte die Regierung den Arbeitern eine einmalige Zulage von 2500.- frs. Sofort verlangten sämtliche Gewerkschaften die Ausdehnung dieser Vergünstigung auch auf die Landarbeiter, die von ihrem Arbeitgeber ernährt werden.

Besonders in unruhigen Zeiten sind Koalitionsregierungen eine politische Unmöglichkeit. Eine gesunde Demokratie muß sich auf klare, parlamentarische Mehrheit stützen können. Eine wichtige Rolle kommt hierbei dem Wahlsystem zu. Von den drei Möglichkeiten: Verhältniswahlrecht, Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen und einfaches Mehrheitswahlrecht, wurden in Frankreich die zwei ersten von der dritten und vierten Republik mit gleichem Mißerfolg ausprobiert. Allein im Mehrheitswahlrecht sieht man nun das Mittel, eine Zersplitterung der parlamentarischen Mandate zu verhindern. Das jetzt in Frankreich bestehende Verhältniswahlrecht wird wohl auf gegeben werden. Es ist jedoch zu befürchten, daß es durch das nicht weniger verhängnisvolle System der dritten Republik ersetzt werden wird, mit dem einzigen Erfolg, die parlamentarische Vertretung der Kommunisten um drei Viertel zu verringern. Keine französische Partei fühlt sich stark genug, um das Mehrheitswahlrecht zu verteidigen. Unter diesen Bedingungen wird selbst der parteienfeindliche General de Gaulle, falls er zur Macht kommen sollte, auch weiterhin Koalitionsregierungen in Kauf nehmen müssen, es sei denn, er beabsichtigte, die französische Demokratie zu vernichten.

#### Die angemessene Legitimation

R.B. Auch in Deutschland stellen die Kommunisten ihre Forderungen im Namen der Werktätigen. Unter den Werktätigen verstehen sie gemeinhin Arbeiter der Faust und schlecht bezahlte Männer und Frauen, die mit dem Lohn ihrer Arbeit nicht zufrieden sind. Nach dem zweiten Weltkriege ist zu dieser Schicht mehr als die Hälfte des deutschen Volkes zu rechnen. Die Kommunisten haben jedoch nur etwa 5 - 10 Prozent an Stimmen erhalten, wenn die Wahlen demokratisch durchgeführt

werden konnten. Dabei hatten sie bis zur Währungsreform in allen Zonen mehr Propagandamöglichkeiten, mehr Papier und mehr Geld als andere Parteien.

Die Kommunisten machen sich also zu Fürsprechern von Menschen, die sie nicht beauftragt haben. Sie sind die ungewählten und unerwünschten Wortführer von Werktätigen, die ihnen mißtrauen. Das hindert aber die Kommunisten nicht, zu tun, als ob. Man kann ihnen nur zubilligen, daß sie eine roge Agitation entfalten, wobei die Demagogie ihr lautstärkstes Argument ist. Aber die Ergebnisse der Betriebsräte-wahlen, die im Laufe der letzten Monate durchgeführt wurden, lassen keine Zweifel darüber, daß die Werktätigen nichts mit den Kommunisten zu tun haben wollen. Außerdem geben die Kommunisten vor, die Flüchtlinge, die Wohnungs- und Arbeitslosen, die Ausgebombten, kurz die Entwurzelten zu vertreten. Es ist in zahlreichen statistischen Erhebungen nachgewiesen, daß mindestens ein Fünftel unseres Volkes zu diesen Gruppen gehört, die Kommunisten haben aber nur ein Zwanzigstel aller Wähler gewinnen können.

Man kann die Dinge drehen und wenden wie man will; man findet nichts, womit die Kommunisten ihren Anspruch begründen könnten, Beauftragte der Werktätigen zu sein. Dagegen ist sehr leicht nachzuweisen, daß gerade die Arbeiter zu den entschiedensten Gegnern des Kommunismus gehören. Die Arbeiter wissen, daß mit Plakaten, Spruchbändern und Reden nichts bewiesen wird, denn es ist in Deutschland alles schon einmal da gewesen. Die Kommunisten haben das Pech, daß die Nazis sogar besser den Schein des Wohlergehens aufrecht zu erhalten wußten, als es der Kommunismus jemals erhoffen darf. Ein Blick in die Ostzone beweist dem Arbeiter, daß das bolschewistische Regime mehr Arbeit, wenig Brot und noch weniger Freiheit bedeutet.

Es erstaunt nicht, daß die "Konzepte" dieser Dinge die Kommunisten kalt läßt. Mit dem ewig gleichen Brustton der Überzeugung werden sie behaupten, für die Werktätigen zu kämpfen, obwohl ihnen deren Schicksal gleichgültig ist. Wie anders könnten sie sonst der täglichen und unablässigen Ausbeutung der Werktätigen in der Ostzone Beifall zollen?

Den Kommunisten kann nichts Schlimmeres passieren als eine spürbare und stete Besserung. Nicht weil sie um die Versklavung der Arbeiter besorgt sind bekämpfen sie den Marshallplan, sondern weil ihnen eine Aufwärtsentwicklung den Weg zur Macht über die Werktätigen versperren würde. In den Westzonen sind die Lebensverhältnisse besser als in der Ostzone. Diese Tatsache ist den Werktätigen der Ostzone bekannt und deshalb werden die Wahlen um ein Jahr verschoben, damit die Arbeiter keine Gelegenheit haben, sich Vertreter zu wählen, die nicht mit dem Kommunismus sympathisieren.

Die Kommunisten sind nicht berechtigt, im Namen der Werktätigen zu sprechen, da sie nicht deren Vertrauen besitzen. Es gehört zur Faktik des Kommunismus, von einem Auftrage der Massen zu sprechen, und mit diesem fingierten Recht alle parlamentarischen Organisationen unseres Volkes zu terrorisieren. Es ist an der Zeit, das richtige Verhältnis herzustellen.

### John Hynd über die Bedeutung der SPD

sp. Der ehemalige englische Deutschlandminister John Hynd, der seine Teilnahme am Düsseldorfer Parteitag der SED angekündigt hatte, in letzter Minute aber absagen musste, hat von Interloken aus einen Brief an den stellvertretenden Vorsitzenden der SED, Erich Ollenhauer, gerichtet. Darin legt er die Gründe dar, die ihn an der Teilnahme am Düsseldorfer Parteitag hinderten. Seinen Bedauern darüber schließt er folgende Wortung an:

"Ich kann Ihrer Tagung nur einen durchschlagenden Erfolg wünschen, denn ich bin überzeugt, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wenn man ihr die Gelegenheit gibt und wenn sie klug, geduldig und entschlossen geführt wird, dazu bestimmt ist, nicht nur eine wichtige, sondern eine führende Rolle im Aufbau des neuen Europas zu spielen. Ich habe während meines letzten Besuches aus den Kontakten in der ganzen britischen Zone, in Frankfurt und vor allem in Berlin starke Impulse erhalten. Die Demonstration unbegrenzten Mutes und Glaubens an die sozialistische Aufgabe, die überall zum Ausdruck kam, ist die Bestätigung - sofern sie überhaupt noch nötig war - des Vertrauens in die Zukunft der deutschen Demokratie, das ich und andere Mitglieder der Labour Party während des Krieges und seither stets geäußert haben. Berlin hat die Welt überzeugt. Möge der Mut Berlins durch eine rasche und friedliche Lösung der derzeitigen, unglücklichen Situation belohnt werden!

Meine besten Grüsse an den Kameraden Schumacher, der hoffentlich weitere Fortschritte zu völliger Gesundheit und Kraft macht, und an meine vielen guten Freunde und Kameraden von der SPD."

### Einladung dänischer Arbeiter

sp. Der sozialdemokratische Arbeiterbildungsverein Dänemark forderte auf dem Parteitag die SPD auf, spätestens Anfang November zwanzig Sozialdemokraten auf drei Wochen nach Dänemark zu entsenden. Alle entstehenden Kosten werden von den dänischen Sozialdemokraten getragen. Die zwanzig Teilnehmer sollen gemeinsam mit den dänischen Arbeitern vierzehn Tage auf dänischen Volkshochschulen arbeiten und im Anschluss daran eine sechstägige Studienfahrt durch Dänemark durchführen. Weitere Einladungen ähnlicher Art werden folgen. (m/B1/179/2/ho)

### "Sozialistisches Ferientreffen"

sp. Unter Leitung von Ministerpräsident Lüdemann findet vom 19. bis 23. September im Kurhaus Krupen auf Sylt ein "Sozialistisches Ferientreffen" statt. Es ist eine freie geistige Aussprache politisch tätiger und interessierter Sozialisten. Eine Reihe von interessanten Vorträgen mit namhaften Autoren kennzeichnet das Niveau des Treffens. Unter anderem werden sprechen: Andreas Gayk-Kiel, Arno Hennig-Hannover, Carlo Schmid-Tübingen, Heinrich Träger-Frankfurt und Prof. Fritz Badé-Kiel. (m/B1/179/2/ho)

Unsoziale Tendenzen gegenüber Kriegsbeschädigten

sp. Nach Mitteilungen des Sozialministeriums von Nordrhein-Westfalen mehrtsich in erschreckender Weise die Zahl der Gesuche von Großbetrieben um die Erlaubnis, einen Teil ihrer Schwerkriegsbeschädigten entlassen zu dürfen. Die Firma Krupp hat die Entlassung von 65 Kriegsbeschädigten beantragt, im Bergbau sollen ähnliche Erwägungen angestellt werden. Das Sozialministerium muß solchen Anträgen entsprechen, wenn sie rechtlich begründet sind, das heißt, wenn sie im Zusammenhang mit normalen Arbeitorentlassungen erfolgen. In der britischen Zone ist es Pflichtsatz, daß mindestens zwei Prozent der Betriebsmitglieder Schwerkriegsbeschädigte sein müssen, in der amerikanischen und französischen Zone wie auch in Hamburg ist der Pflichtsatz fünf Prozent, Das Sozialministerium von Nordrhein-Westfalen hält eine Erhöhung des Satzes auf fünf Prozent in privaten Betrieben und auf 10 Prozent bei den Behörden für unbedingt notwendig. Bisher aber haben CDU und FDP die Erhöhung des Satzes abgelehnt. Nordrhein-Westfalen hat rund 200 000 Schwerkriegsbeschädigte. (b/3112/2/179/hs)

Das bessere Aussehen der Rußland-Heimkehrer

sp. Um den Erholungsprozeß der körperlich geschwächten Kriegsgefangenen in Sowjetrußland zu verkürzen, wird, wie heimkehrende Kriegsgefangene berichten, den Mahlzeiten in den Erholungslagern ein kräftiger Zusatz von Hofe verabfolgt. Dieser Prozeß bewirkt, daß binnen kurzem ein wesentlich besseres Aussehen der Kriegsgefangenen erreicht wird, ohne daß eine Gesundung des Körpers von den Strapazen der Arbeit oder der einseitigen Ernährung eingetreten ist. Wenige Wochen nach der Heimkehr treten dann bei den Entlassenen die durch den Hofezusatz überbrückten Schwächezustände auf. Diese Wirkungsmöglichkeiten der Hofe werden uns von ärztlicher Seite bestätigt.

Die Norm, das höchste Maß an Arbeitsleistung, wird auch weiterhin, zum Teil im verschärften Maße, in den Kriegsgefangenenlagern verlangt. Dieselbe Leistung ist der russischen Zivilbevölkerung zugemessen, ohne Rücksicht auf die jeweilige Lebensmittelzuteilung. So ist die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Brot sehr schwankend. Im Monat Juli z.B. stand in Woroschilograd vor dem Brotmagazin die Bevölkerung stundenlang Schlange, um Brot zu erhalten. Heimkehrer berichten, daß oft Schlägereien unter der benachteiligten Zivilisten stattfinden.

Zeitschrift des Angelsports

sp. In Berlin ist eine Angelsport-Zeitschrift erschienen, an deren Mitarbeit fachliche Kräfte aus der Praxis und der Wissenschaft interessiert sind. Die Schriftleitung hat Paul Pfaffenschläger, der bereits vor 1933 den "Freien Angler" redigierte. (B.1/2/179/hs)